

23.04.2013

Rente

Wenig Chance auf flexiblen Übergang

Arbeiten bis zum gesetzlichen Rentenalter – das ist für viele Beschäftigte unmöglich. Doch heute gibt es nur noch wenig gesetzliche Möglichkeiten, sich vorzeitig ohne große finanzielle Belastungen vom Erwerbsleben zu verabschieden. Nach Vorstellung der Politik sollen tarifliche oder betriebliche Regelungen das Problem lösen. Stattdessen haben laut einer aktuellen Studie immer weniger Beschäftigte überhaupt die Chance auf einen flexiblen Übergang in die Rente.

ccfranken - Fotolia.com



Fast zwei Drittel aller Neu-Rentner gingen 2011 vorzeitig in den Ruhestand. Anders als früher gibt es allerdings nur noch wenige gesetzlich geregelte Möglichkeiten, sich vorzeitig oder gleitend vom Erwerbsleben zu verabschieden.

Forscher der Universität Duisburg-Essen haben nun in einer **Studie** die Auswirkungen der vergangenen Renten- und Arbeitsmarktreformen analysiert und warnen erneut vor Altersarmut.

So haben verschiedene Bundesregierungen in den vergangenen Jahrzehnten die Alterssicherung grundlegend umgestaltet – mit dem Ziel, staatliche Ausgaben zu begrenzen, die Sozialabgaben langfristig stabil zu halten und

angesichts des demografischen Wandels sicherzustellen, dass es genügend Arbeitskräfte gibt.

Dafür wurden die Altersgrenzen für den Bezug einer vorgezogenen Altersrente angehoben und der vorzeitige Rentenbezug mit dauerhaften Abschlägen versehen. Die Altersrenten wegen Arbeitslosigkeit, nach Altersteilzeit sowie der frühere Renteneintritt von Frauen wurden gänzlich abgeschafft und die Regelaltersgrenze wird schrittweise auf 67 Jahre angehoben.

Schließlich führten die Absenkung des gesetzlichen Rentenniveaus und die Notwendigkeit verstärkter betrieblicher und privater Altersvorsorge dazu, dass sich die für die Finanzierung eines vorzeitigen oder gleitenden Erwerbsausstiegs zur Verfügung stehenden Mittel stetig verringern, lautet ein Ergebnis der Studie „Flexibel in die Rente: Gesetzliche, tarifliche und betriebliche Perspektiven“. Für ihre Untersuchung haben die Forscher die tariflichen und betrieblichen Instrumente für einen Übergang analysiert sowie einzelne Branchen und Betriebe in Fallstudien betrachtet.

Nach Vorstellung der Politik sollen tarifliche oder betriebliche Regelungen den Rückzug des Staates kompensieren. Stattdessen hätten immer weniger Beschäftigte überhaupt die Chance auf einen flexiblen Übergang in die Rente, warnen die Forscher. Und: Wenn das so bleibe, drohe sich die Lage künftiger Rentner deutlich zu verschlechtern, da betriebliche und tarifliche Lösungen gar nicht oder zu selten die Leistungskürzungen auffangen können.

Ein Grund dafür sei auch, dass immer weniger Beschäftigte unter einen Flächentarifvertrag fallen und auch die Vertretung durch Betriebsräte allgemein abnimmt. Insgesamt bewege sich nur noch rund ein Drittel der Beschäftigten "in der ‚Kernzone‘ des dualen Verhandlungssystems aus Tarifvertrag und Betriebsvereinbarung", schreiben die Wissenschaftler. Die Mehrheit kann daher von tariflich oder betrieblich ausgehandelten Regelungen gar nicht profitieren.

Die schwarz-gelbe Regierung zeigt sich in der Rentenfrage bisher ohne große Lösungen. Deshalb hat die IG BCE gemeinsam mit dem DGB ein Konzept entwickelt.

Die wichtigsten Eckpunkte:

- Rücknahme der Beitragssenkung, stattdessen schrittweise und berechenbar eine Erhöhung auf 22 Prozent, um das Rentenniveau für alle zu verbessern
- Eine garantierte Rente von 850 Euro, indem die Beiträge von Geringverdienern aufgestockt werden
- Eine deutliche Aufwertung der Rente bei Erwerbsunfähigkeit
- Flexible Übergänge in die Rente, insbesondere durch die Einführung einer Teilrente

© 2019 IG-BCE Grafiken & Inhalte dieser Webseite sind urheberrechtlich geschützt

IG BCE - Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie

Kalandstr. 5 | D-31061 Alfeld

Telefon: 05181 8416-0 | Telefax: 05181 8416-20

E-Mail: bezirk.suedniedersachsen@igbce.de